

Positionspapier des Initiativausschusses für Migrationspolitik

Handlungsfeld „Förderung von Demokratie und demokratischer Zivilgesellschaft“

Forderungen:

- ✓ Klares Bekenntnis zu den Grund- und Menschenrechten sowie zur gesellschaftlichen Vielfalt in Rheinland-Pfalz.
- ✓ Verzicht auf rassistische oder diskriminierende Zuschreibungen und Vorurteile gegenüber benachteiligten Personengruppen und faktenbasierte Argumentation in der politischen Auseinandersetzung.
- ✓ Wertschätzung, Verteidigung und auskömmliche Finanzierung der zivilgesellschaftlichen Arbeit für Demokratie und Menschenrechte.
- ✓ Kohärenz zwischen dem Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten und konkretem politischem Handeln.

Antwort:

Wir GRÜNE stehen für eine solidarische und menschenrechtsbasierte Asylpolitik. Wir fördern zivilgesellschaftliche Initiativen, NGOs ebenso wie innovative Projekte und arbeiten eng mit ihnen zusammen. Wir schützen sie vor rechter Diffamierung und demokratiefeindlichen Angriffen.

Wir stehen an der Seite der vielen Menschen, die sich tagtäglich für Geflüchtete und ein solidarisches Miteinander einsetzen. Gegen rechte Hetze und Ausgrenzung setzen wir klare Haltung und konkrete Unterstützung. Dieses Engagement stärken wir weiter – durch systematische Vernetzung und strukturelle Förderung migrantischer Selbstorganisationen, Netzwerke, Vereine, Nachbarschaftsarbeit und Begegnungsräume. Wir fördern das Ehrenamt und schaffen dafür hauptamtliche Anlaufstellen und Lots:innenprogramme. Ebenso stärken wir Quartiersarbeit und lokale Demokratiearbeit, um Beteiligung und gesellschaftlichen Zusammenhalt dauerhaft zu sichern. Wir fordern ein Demokratie-Paket von 130 Millionen Euro, womit Demokratie-Initiativen in Kommunen noch stärker gefördert werden sollen. Ebenso wollen wir eine 24/7 Anlaufstelle für von Anfeindung und demokratiefeindlicher Gewalt betroffene Personen einrichten.

Engagierte in der solidarischen Flüchtlingsarbeit und in der Demokratiearbeit sind in hohem Maße von Hasskriminalität betroffen. Auch andere Personengruppen erleben zunehmend Angriffe. Wir etablieren neue psychosoziale Angebote für Opfer von Hasskriminalität.

Handlungsfeld „Asylpolitik“

Forderungen:

- ✓ Ausdrückliches Bekenntnis zum Grundrecht auf Asyl und zum Menschenrecht auf ein faires und individuelles Asylverfahren.
- ✓ Rückkehr zum Prinzip „Aufenthaltsverfestigung vor ‚freiwilliger‘ Ausreise vor Abschiebung“.
- ✓ Keine Abschiebungen in Kriegs- und Krisenstaaten und keine Abschiebung von besonders vulnerablen Personengruppen wie z.B. Familien mit minderjährigen Kindern.
- ✓ Rückkehr zum Recht: Rechtliche und tatsächliche Abschiebungshindernisse ausnahmslos durch die Ausstellung einer Duldung dokumentieren.
- ✓ Die Menschenwürde migrationspolitisch nicht relativieren: Keine Bezahlkarte für Geflüchtete, keine Leistungskürzungen, flächendeckende Einführung der elektronischen Gesundheitskarte.
- ✓ Keine Zustimmung zu weiteren Verschärfungen des Asylrechtes im Bundesrat, Aufnahme von Schutzsuchenden in Landesverantwortung, keine gesonderte Unterbringung zur „Durchführung von Verfahren bei Sekundärmigration“.

Antwort:

Wir GRÜNE stehen weiterhin zum Recht auf Asyl und individuelle Asylverfahren. Unter GRÜNER Regierungsbeteiligung und maßgeblicher Mitwirkung wurde auf Bundesebene das Chancenaufenthaltsrecht eingeführt. Wir stehen nach wie vor fest hinter dem Grundsatz, der dem Chancenaufenthaltsrecht zugrunde liegt: Menschen, die schon lange bei uns leben oder gut integriert sind, sollen nicht abgeschoben werden, sondern eine dauerhafte Perspektive in Deutschland und Rheinland-Pfalz bekommen. Das gleiche gilt für vulnerable Gruppen und Menschen in Arbeit.

Die Ausstellung von Duldungen ist aus unserer Sicht die Grundlage, um einen rechtssicheren Aufenthalt von Menschen ohne festes Bleiberecht zu gewährleisten. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass ausreisepflichtigen Personen weiterhin eine Duldung erteilt wird, wenn der Zeitpunkt einer bevorstehenden Abschiebung nicht konkret benannt werden kann.

Rheinland-Pfalz lebt von Zuwanderung, wirtschaftlich wie gesellschaftlich. Und wir bleiben ein Land, das Menschen in Not aufnimmt. Auch unter den engen europäischen und bundespolitischen Vorgaben werden wir alle vorhandenen Spielräume ausschöpfen, um Geflüchtete menschlich bei uns aufzunehmen, Integration zu fördern und

Menschenrechte zu wahren. Besonders schutzbedürftige Menschen – etwa Familien, Kinder oder Traumatisierte – sollen besonders geschützt werden. Wir nutzen alle uns zur Verfügung stehenden Mittel zum Schutz besonders vulnerabler Gruppen. Dafür prüfen wir Abschiebestopps und Möglichkeiten für Landesaufnahmeprogramme für besonders schutzbedürftige Menschen und weisen kommunale Ausländerbehörden zur Depriorisierung von Rückführungen genannter Gruppen an. Wir GRÜNE unterstützen Kommunen, die sich als sichere Häfen engagieren und freiwillig mehr Geflüchtete aufnehmen möchten.

Die Entscheidung über die Einführung der Bezahlkarte und der Gesundheitskarte für Geflüchtete wurde durch die Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen und durch den Bund für die Landesebenen umgesetzt. In Rheinland-Pfalz haben wir alle Spielräume genutzt, die Ausgestaltung so human wie möglich zu gestalten. Die Entscheidung über eine Einführung auf kommunaler Ebene liegt bei den Kommunalparlamenten. Klar ist aber: als Land werden keine weiteren Restriktionen unterstützen, beispielsweise durch Verschärfungen beim Leistungsumfang der Bezahlkarte oder Kürzungen bei den Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz. Haftähnliche Unterkünfte im Rahmen der GEAS-Reform vor allem für vulnerable Gruppen, zum Beispiel Familien und Kinder, lehnen wir ab. Bei der Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) auf Landesebene stellen wir Humanität und Menschenrechte in den Vordergrund.

Handlungsfeld „Unterstützung der Kommunen im Bereich der Integration“

Forderungen:

- ✓ Klares Bekenntnis zur gemeinsamen Verantwortung von Land und Kommunen: Integration zur kommunalen Pflichtaufgabe machen und auskömmlich finanzieren.
- ✓ Arbeitsfähigkeit von Ausländer- und Einbürgerungsbehörden wiederherstellen: landesweite „Zentralstelle zur Verbesserung von Aufenthalts- und Bleibeperspektiven“ einrichten; Aufwuchs von Personalstellen in den Ausländer- und Einbürgerungsbehörden finanziell fördern.
- ✓ Auskömmliche und dauerhafte Finanzierung der Migrationsfachdienste und der psychosozialen Versorgung von Menschen mit Flucht- bzw. Migrationsbiografie.
- ✓ Klares Bekenntnis zu den kommunalen Integrationsbeauftragten und den kommunalen Beiräten für Migration und Integration.

Antwort:

Wir wollen, dass Ankommen von Anfang an gelingt. Menschen sollen möglichst rasch aus Erstaufnahmeeinrichtungen in unsere Städte und Dörfer ziehen können – dorthin, wo

Teilhabe, Begegnung und Zukunft beginnen. Dafür stärken wir die Kommunen gezielt beim Ausbau ihrer Aufnahmekapazitäten und schaffen Raum für gutes Ankommen in Rheinland- Pfalz. Unser Ziel ist es, Integration von Anfang an mit starker sozialer Begleitung vor Ort noch besser zu gestalten. Besonders wichtig ist uns, dass alle Kinder und Jugendlichen so früh wie möglich Zugang zu Schule und Bildung erhalten. Denn Bildung schafft Struktur, eröffnet Perspektiven und gibt ein Stück Alltag zurück. Wir wollen Integrationspolitik als zentrale Querschnittsaufgabe mit klaren Zuständigkeiten und transparenter Finanzierung weiterentwickeln, um Land und Kommunen langfristige Planungssicherheit zu geben.

Wir schaffen ein Landesamt für Integration, Einwanderung und Rückführungen. Damit übernehmen wir als Land Verantwortung, bündeln Kompetenzen an einer Stelle und entlasten die kommunalen Behörden langfristig in allen Bereichen der Integrationspolitik. Integration gelingt, wenn sie vor Ort passiert. Deshalb haben wir in allen Kommunen Integrationsmanager:innen eingeführt. Dieses Programm führen wir in enger Abstimmung mit den Akteur:innen vor Ort fort.

Integration ist für uns eine staatliche Daueraufgabe. Daher wollen wir mit einem rheinland-pfälzischen Integrationsgesetz dafür sorgen, dass es in Zukunft klare, belastbare und abgesicherte Regeln und Strukturen gibt. Dabei wollen wir sicherstellen, dass Integration in allen Regionen auf verlässlichen Grundlagen erfolgt. Dafür streben wir landesweit nachvollziehbare Qualitätsstandards und regelmäßige Berichtsformate an, um gute Praxis sichtbar zu machen und Weiterentwicklungen zu fördern. Die Kooperationsstrategie Integration bleibt für uns eine wichtige Grundlage, um die Bedürfnisse derjenigen zu erkennen, die Integrationsarbeit vor Ort leisten, und um gezielte Unterstützungsangebote zu entwickeln. Wir wollen diese Zusammenarbeit mit klaren Zuständigkeiten und dauerhaft tragfähigen Finanzierungsmodellen weiter stärken. Eine leicht zugängliche Beratung im Alltag ist zentral, damit Zugewanderte Orientierung finden und ihre Rechte kennen. Wir stärken daher ausdrücklich Informations- und Beratungsangebote, wie die Migrationsfachdienste und prüfen den Ausbau unabhängiger Anlaufstellen zur rechtlichen und sozialen Unterstützung. Wir fördern niedrigschwellige Beratung im Alltag und setzen uns bei der Bundesregierung dafür ein, dass Familiennachzug auch für volljährige Kinder wieder möglich wird. Denn nur wer keine Angst um Angehörige haben muss, kann wirklich ankommen.

In der vergangenen Legislaturperiode haben wir die psychosoziale Versorgung massiv gestärkt. Diese Unterstützung bauen wir weiter aus. Wir wollen, dass besonders schutzbedürftige Geflüchtete frühzeitig erkannt und gut begleitet werden. Dazu gehören verbindliche Gewaltschutzkonzepte in allen Einrichtungen, ein systematisches Screening auf Schutzbedarfe und eine starke psychosoziale Versorgung mit verlässlicher

Finanzierung. Durch die datenschutzkonforme Weitergabe von Informationen an die Kommunen sichern wir Kontinuität in der Unterstützung.

Handlungsfeld „Antirassismus und Antidiskriminierung“

Forderungen:

- ✓ Landesantidiskriminierungsgesetz verabschieden, das wirkungsvoll vor Diskriminierung schützt.
- ✓ Den „Rasse“-Begriff in der Landesverfassung durch eine Formulierung ersetzen, die vor rassistischer Benachteiligung und Diskriminierung schützt.
- ✓ Im Dialog mit der Zivilgesellschaft eine merkmalsübergreifende „Strategie 2030: Diskriminierungsfreies Rheinland-Pfalz“ erarbeiten, die bestehende Einzelstrategien berücksichtigt, einbindet und ergänzt.

Antwort:

In den letzten Monaten der laufenden Legislaturperiode ist es uns gelungen, ein Landesantidiskriminierungsgesetz zu verabschieden, das Landesgesetz für Chancengleichheit, Demokratie und Vielfalt. Mit dem Gesetz greifen wir dort ein, wo Menschen bislang nicht ausreichend geschützt wurden und geben ihnen konkrete Möglichkeiten, sich zu wehren. Wir setzen uns für eine Beweiserleichterung im Diskriminierungsrecht ein, um den Opferschutz zu stärken. Wir wollen den Landesaktionsplan gegen Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit fortführen, evaluieren und weiterentwickeln. Er ist ein wichtiges Werkzeug zur Vernetzung, zur Stärkung von Strukturen und Entwicklung neuer Ideen und Ansätze. Dazu gehören Antirassismus-Workshops in Schulen und Behörden, die Integration von Menschenrechts- und Antidiskriminierungsbildung und besondere Aufklärungskampagnen gegen Fake-News und rassistische Narrative. Wir stärken die Verzahnung von Inklusions- und Antidiskriminierungspolitik. Diskriminierung wegen Behinderung wird als strukturelle Benachteiligung anerkannt und durch das Landesantidiskriminierungsgesetz ausdrücklich erfasst.

Bei der Streichung des „Rasse“-Begriffs aus der Landesverfassung waren uns in der vergangenen Legislaturperiode insofern die Hände gebunden, als dass eine 2/3-Mehrheit für Verfassungsänderungen nötig ist. Leider hat die CDU sich dem verweigert – nicht nur in Bezug auf den „Rasse“-Begriff, sondern auch in Bezug auf andere wichtige Vorhaben, wie beispielsweise die Einführung des Wahlrechts ab 16 Jahren oder die Verankerung von Kinderrechten in der Verfassung. Für uns ist klar: wir werden weiter für diese wichtigen Änderungen kämpfen.

Handlungsfeld „Politische Partizipation“

Forderung:

✓ Kommunales Wahlrecht für rechtmäßig und dauerhaft in rheinland-pfälzischen Städten und Gemeinden lebende Drittstaatsangehörige einführen.

Antwort:

Wir kämpfen weiter für ein kommunales Wahlrecht für alle – unabhängig vom Pass. Und wir wollen, dass auch EU-Bürger:innen, die in Rheinland-Pfalz leben, bei Landtagswahlen wählen können. Demokratie lebt von Beteiligung. Deshalb setzen wir uns für eine Ausweitung politischer Teilhaberechte für alle Menschen ein, die dauerhaft in Rheinland-Pfalz leben. Auf Landesebene stärken wir die Beteiligung von Migrant:innen an kommunalen Entscheidungsprozessen – über das Wahlrecht hinaus. Dazu fördern wir Migrations- und Integrationsbeiräte und politische Bildung in allen Gemeinden.